



TV-Sender als Spione: Zuschauer merken nichts davon

Der Spion im Wohnzimmer

TV-Sender und Internetbetreiber überwachen die Zuschauer

Moderne TV-Geräte zeichnen die Sehgewohnheiten der Zuschauer auf – ohne deren Wissen. So erfahren Sender wie Pro 7, Sat 1 und RTL sowie Swisscom und Sunrise, wer wann welche Sendung gesehen hat. In der Schweiz sind über 2,5 Millionen solche Geräte in Betrieb.

Aktuelle TV-Geräte enthalten einen kleinen Computer. Man kann sie auch ans Internet anschliessen und damit zum Beispiel Zusatzinfos zu einer laufenden Sendung abrufen. Der eingebaute Computer empfängt jedoch nicht nur Informationen, sondern verschickt sie auch – ohne Wissen und Mitwirkung des Benutzers. Das ergab 2013 eine Studie der technischen Universität Darmstadt (D).

Laut Studie zeichnen die Sender Pro 7, Kabel 1, Sat 1, RTL, Vox, Arte HD und Anixe das Fernsehverhalten ihrer Zuschauer auf. Schaltet man einen dieser Sender ein, meldet dies das Gerät umgehend dem Sender. Die Meldung wird teils im Minutentakt wiederholt. So können die Sender feststellen, welche

ihrer Sendungen wie lange angeschaut werden. Dazu Jasmin Mittenzwei von ProSieben/Sat.1: «Die so erhobenen Daten sind nicht auf einzelne Personen zurückverfolgbar, sondern anonym.»

Staatssender sammeln keine Daten

Dass es auch anders geht, zeigen das Schweizer Fernsehen sowie die deutschen Staatssender, wie etwa ARD, ZDF und SWR. Sie spionieren ihre Zuschauer nicht aus.

Neugierig sind auch Swisscom und Sunrise. Betroffen sind etwa eine Million Digital-TV-Kunden. Denn Digital-TV kann nur empfangen, wer eine Settop-Box am Fernseher montiert. Sie muss ans Internet angeschlossen werden, denn diese TV-Sender

werden übers Internet empfangen. Deshalb wissen Swisscom und Sunrise genau, wer welche Sendung wie lange anschaut.

Swisscom gibt das offen zu. In den AGB zu Swisscom-TV heisst es: «Swisscom sammelt die Daten der Kunden aus der Nutzung der Dienstleistungen und speichert diese in ihrer Datenbank.» Welche Daten gesammelt werden, will Swisscom aber nicht sagen. Sprecherin Annina Merk sagt: «Kunden können die Auswertung ihrer Nutzungsdaten jederzeit untersagen, indem sie sich unter der Gratisnummer 0800 800 800 an den Kundendienst wenden.»

Die rund eineinhalb Millionen Cablecom-Kunden haben es da besser. Wer übers normale analoge Kabel fernsieht, kann aus technischen Gründen nicht überwacht werden. Wer digital fernsieht, kann das Datensammeln über das Menü unterbinden: Einstellungen → Meine Einstellungen → Empfehlungen ausschalten.

Christian Birmele

Bundesrat lehnt K-Tipp-Initiative ab

Der Bundesrat empfiehlt die Initiative «Pro Service public» zur Ablehnung. Auf einen Gegenvorschlag verzichtet er.

Serviceabbau und immer höhere Kosten – das wollen sich viele SBB- und Postkunden nicht länger gefallen lassen. Sie haben deshalb die Initiative «Pro Service public» unterzeichnet, die von den Zeitschriften K-Tipp, «Saldo», «Bon à savoir» und «Spendere meglio» im letzten Mai eingereicht wurde. Die Initiative fordert:

- Bundesbetriebe wie SBB, Post und Swisscom sollen nicht auf dem Buckel der Konsumenten möglichst hohe Gewinne erwirtschaften, sondern in erster Linie einen guten Service bieten.
- Die überrissenen Löhne der Manager von Swisscom, SBB & Co. sollen gekürzt werden. Konkret fordert die Initiative, dass die Manager künftig nicht mehr verdienen als die Bundesräte.

Der Bundesrat hat sich am 13. Dezember gegen die Initiative ausgesprochen. Ob der

Entscheid einstimmig fiel, geht aus der Mitteilung an die Medien nicht hervor. Der Bundesrat begründet ihn vor allem damit, die Initiative schränke die unternehmerische Freiheit bundesnaher Unternehmen ein. Gewinne seien nötig, um Eigenkapital aufzubauen und Reserven zu generieren. Die Ablieferung der Gewinne an die Bundeskasse sei «eine Art von Verzinsung des zur Verfügung gestellten Kapitals».

Tatsache ist: Die Initiative fordert, dass allfällige Gewinne bei den Bundesbetrieben verbleiben und dort für sinnvolle Investitionen eingesetzt werden oder zur Senkung der Preise – und nicht als indirekte Steuern in die Bundeskasse abfliessen.

Die Initiative kommt nun vors Parlament, danach stimmt das Volk darüber ab.

Die Missachtung der Interessen der Konsumenten durch die Regierung erstaunt nicht: Schon die Volksinitiative zur Einführung eines Preisüberwachers lehnte der Bundesrat ab – ebenso wie das Parlament. Das Volk nahm sie im November 1982 trotzdem an.



Bundeshaus Bern: K-Tipp-Mitarbeiter übergeben die Unterschriften